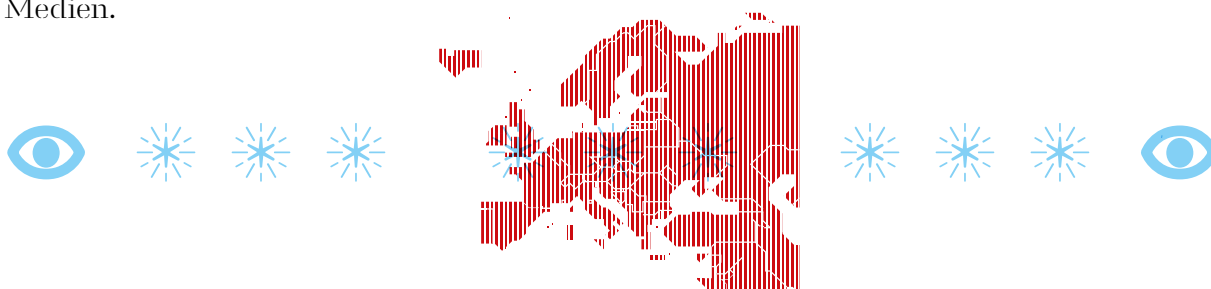


Blick über den Tellerrand

Community-Medien im Spiegel europäischer und internationaler Institutionen

In den meisten Ländern Europas ging die Zeit der staatlichen Rundfunkmonopole bis Mitte der 1980er Jahre zu Ende. In Italien war dies bereits 1977 der Fall, in Frankreich begann 1981 die Blütezeit der „Radios Libres“ und innert kurzer Zeit entstanden mehrere hundert lokale nichtkommerzielle Radiostationen. Auch in Österreich wurde in den 1980er Jahren die Forderung nach einem Ende des Monopols lauter. Über die Rolle internationaler Institutionen in der Entstehung und Erhaltung nichtkommerzieller Medien.



Im Frühjahr 1989 veranstaltete die Europäische Föderation Freier Radios (FERL) in Wien eine Tagung mit angekündigter Liveübertragung zum Thema Medienfreiheit, die mit der Beschlagnahmung des Senders endete. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden auch die möglichen Folgen der unmittelbar bevorstehenden Landtagswahl in Kärnten und des bereits absehbaren Erfolgs von Jörg Haider diskutiert. Deutschnationalismus und Minderheitenfeindlichkeit kennzeichneten den FPÖ-Diskurs in Kärnten und sollten dann für lange Jahre die Politik bestimmen. Mit Unterstützung von Freien Radios aus Slowenien und Italien entstand kurzfristig die Idee, als Protest und Lebenszeichen eines „anderen Kärnten“ ein zweisprachiges Programm von Italien nach Kärnten zu senden – was legal und einfach möglich war. Das „Drugačni Radio za Koroška/

das andere Radio für Kärnten“ war so das erste legale Freie Radio, als es Anfang März für eine Woche auf Sendung ging und danach bis 1991 jeden Sonntag zwei Stunden zweisprachiges Programm aus Italien nach Kärnten sendete.

Starthilfe aus Strasbourg

Der gleichzeitig gegründete Verein AGORA beschritt ab Herbst 1989 den Weg einer Beschwerde gegen das Monopol an die Europäische Menschenrechtskommission beim Europarat in Straßburg. AGORA hatte zuvor bei der Postdirektion in Klagenfurt einen Antrag auf Erteilung einer Sendelizenz für ein mehrsprachiges, nichtkommerzielles Radio gestellt – eine Lizenz, die in Österreich damals aufgrund des Rundfunkmonopols nicht gewährt werden konnte. Das zentrale Argument der

Beschwerde nach Artikel 10 „Recht der freien Meinungsäußerung“ der Europäischen Menschenrechtskonvention war, dass aufgrund des sehr eingeschränkten Zugangs der slowenischen Volksgruppe zu Radio und TV keine adäquate Meinungsvielfalt vorhanden sei. Der ORF sendete damals täglich weniger als eine Stunde slowenischsprachiges Programm im Radio und wöchentlich eine halbe Stunde im TV.

Die Beschwerde von AGORA wurde in Straßburg mit Klagen von kommerziellen österreichischen Medienbetreibern zusammengelegt und im November 1993 erging das Erkenntnis, das zur Aufhebung des Rundfunkmonopols führte. Darin wurde explizit auf die Argumentation von AGORA eingegangen und festgehalten, dass das Entstehen von privaten Monopolen zu verhindern sei und

die Rechte und Bedürfnisse spezieller Hörergruppen im Hinblick auf die Meinungsvielfalt besonders zu berücksichtigen seien. Mit dieser Formulierung ging die Menschenrechtskommission über frühere Erkenntnisse hinaus, die in anderen Ländern zur Aufhebung der Rundfunkmonopole geführt hatten, und stärkte die Position von Minderheiten.

Community-Medien im Fokus internationaler Institutionen

Internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, die UNESCO und die OSZE (2007), aber auch europäische Institutionen wie der Europarat und das Europäische Parlament befassen sich teilweise seit den 1980er Jahren mit der Bedeutung von Community-Medien und ihren Potenzialen zur Stärkung einer lebendigen Demokratie. Diese Form der Aufwertung und Anerkennung steht seit den 2000er Jahren in engem Zusammenhang mit der Arbeit engagierter WissenschaftlerInnen und der Publikation aufschlussreicher Studien. Wesentlich ist dabei auch die Rolle des europäischen Dachverbandes Community Media Forum Europe (CMFE) und des internationalen Verbandes AMARC. Das CMFE hat wie die EBU, die Dachorganisation der öffentlich-rechtlichen Anstalten, Beobachterstatus beim Europarat.

UNESCO und Vereinte Nationen

Die UNESCO setzte sich schon in den 1970er Jahren weltweit für eine Demokratisierung des Mediensystems ein und beauftragte mit der McBride-Kommission eine Gruppe anerkannter WissenschaftlerInnen eine Studie zur Bedeutung der Kommunikation für die demokratische Entwicklung zu erstellen. In ihrem Bericht *Many Voices, One World* (McBride 1980) betonen die AutorInnen die Rolle horizontaler, partizipativer Medienstrukturen für die Demokratie und nennen Community-Medien als Beispiele. Die UNESCO beschäftigt sich seither regelmäßig mit der Bedeutung von Community-Medien und widmet dem Thema Nachhaltigkeit

von Community-Medien-Projekten eine eigene Sektion auf ihrer Website.

Europarat

Im Europarat wird Medienpolitik stets vor dem Hintergrund der Menschenrechte verhandelt. Erste Dokumente zu Community-Medien finden sich bereits ab den 1980er Jahren. Diese betonen die Wichtigkeit von Community-Medien zur Förderung der Medienvielfalt vor dem Hintergrund wachsender Medienkonzentration (Europarat 2007). Eine eigene Erklärung weist auf den Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und zum interkulturellen Dialog hin (Europarat 2009). Den Mitgliedsstaaten wird explizit empfohlen, den Aufbau und das Bestehen nichtkommerzieller Community-Medien zu unterstützen. Zuletzt verabschiedete der Ministerrat des Europarates die Empfehlung zu Medienvielfalt und Transparenz der Eigentumsstrukturen (Europarat 2018). Darin wird auf die wichtige Funktion von Community-Medien für lokale Themen, die Partizipation benachteiligter Gruppen und die generationsübergreifende Vermittlung von Medienkompetenz hingewiesen.

Europäisches Parlament

Auch im Europäischen Parlament gab es erste Berichte zu Community-Medien bereits in den 1980er Jahren. Der Kulturausschuss gab 2007 die Studie *The State of Community Media in the European Union* (KEA 2007) in Auftrag. Der Bericht zeichnet ein buntes, aber fragmentiertes Bild der Community-Medienlandschaft in Europa. Als gemeinsame Merkmale in allen europäischen Ländern werden ihr Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des lokalen Empowerments sowie des interkulturellen Dialogs unterstrichen. In der Folge beschloss das Europäische Parlament die *Resolution on Community Media in Europe* (Europäisches Parlament 2008), in der die EU-Kommission aufgefordert wird, für mehr Anerkennung und Unterstützung von Community-Medien zu sorgen und deren Beitrag zu Medienpluralismus und kultureller

Vielfalt im Rahmen der Politikgestaltung stärker zu berücksichtigen. In der Resolution werden auch bildungspolitische Aspekte angesprochen und die Gewährung staatlicher Beihilfen empfohlen, damit der nichtkommerzielle Mediensektor seine Funktionen auch in einer sich wandelnden Gesellschaft erfüllen kann.

Der Beitrag von Community-Medien zur Medienvielfalt, zu gesellschaftlichem Dialog und der Partizipation benachteiligter Gruppen ist unbestritten. Zu einer durchgehenden Anerkennung in den EU- oder Mitgliedsstaaten des Europarates scheint es aber immer noch ein mühsamer Weg und angesichts der kommerziellen Interessen großer Medienunternehmen eine Auseinandersetzung mit ungleichen Ressourcen zu sein.

Derzeit bemüht sich das *Community Media Forum Europe* um angemessene Berücksichtigung der Community-Medien in neuen Empfehlungen des Europarates – besonders in Bezug auf die Verantwortung für lokale Medien- und Meinungsvielfalt sowie die Vermittlung von Medienkompetenz. —

Literatur

Europäisches Parlament (2008): Resolution on Community Media in Europe. Adopted the 25th of September 2008.

Europarat (2007): Recommendation Rec (2007)2 of the Committee of Ministers to member states on media pluralism and diversity of media content. Strasbourg.

Europarat (2009): Declaration of the Committee of Ministers on the role of community media in promoting social cohesion and intercultural dialogue. Strasbourg.

Europarat (2018): Recommendation CM/Rec(2018)1 of the Committee of Ministers to member States on media pluralism and transparency of media ownership. Strasbourg.

Kern European Affairs (KEA) (2007): THE STATE OF COMMUNITY MEDIA IN THE EUROPEAN UNION. Study. Directorate General Internal Policies of the Union. Policy Department Structural and Cohesion Policies. Brüssel: European Parliament.

McBride, Sean (1980/2004): Many Voices, One World. Towards a New, More Just, and More Efficient World Information and Communication Order. Lanham: Rowman & Littlefield.

Helmut Peissl ist Mitbegründer von Radio AGORA in Kärnten und leitet das Community-Medien-Institut COMMIT. Er engagiert sich im Rahmen des Community Media Forum Europe (CMFE) für mehr Anerkennung von Community-Medien auf europäischer Ebene und beschäftigt sich mit Weiterbildung und Begleitforschung zu nichtkommerziellem Rundfunk.